

## Das Abgeordnetenhaus über die Teuerungszulagen.

44. Sitzung vom 7. Dezember, Fortsetzung.

Bei der Weiterberatung des Ausschusantrages über die Teuerungszulagen und die Kriegsbeihilfe erklärte

**Abg. Delze (kons.):** Wir stimmen den Kommissionsbeschlüssen zu. Vor dem Kriege wurde der Beamte beneidet. Das ist jetzt anders geworden. Gerade den Beamten wird das Durchhalten schwer. Viele Beamte sind in Schulden geraten. Es kann für den Staat aber nicht gleichgültig bleiben, wenn ein so gesunder Volksteil, wie der Beamtenstand, dem wirtschaftlichen Ruin verfällt. Man sollte den alten Brauch der Einteilung der Städte in verschiedene Tarifklassen beseitigen, denn er führt nur zu Ungerechtigkeiten. Der Bruch ehrt hier mehr als die Befolgung.

**Abg. Dr. Schmieding (Str.):** Die Beamten befinden sich tatsächlich in Not. Wir müssen ihnen helfen. Sie sind das Rückgrat des Staates. Der Antrag stellt eine Mittellinie dar, die wir nicht wie die Sozialdemokraten durch weitergehende Anträge übertrumpfen wollen. Wir danken dem Finanzminister für seine wohlwollenden Ausführungen.

**Abg. Ströbel (Soz.):** Weite Kreise der Staatsarbeiter und Beamten hungern, sie können nicht einmal die Brot- und Fleischkarten ausnutzen, die Tuberkulose nimmt zu. Wer Geld hat, geht in die Weinstaurants und kann sich alles kaufen. Die Kommissionsbeschlüsse sind völlig unzureichend, für die Staatsarbeiter muß weit mehr geschehen.

**Eisenbahnminister v. Breitenbach:** Werden die Anträge des Ausschusses angenommen, so werden natürlich auch die Eisenbahnarbeiter Zulagen erhalten. So schlecht, wie der Vorredner sie geschildert hat, ist die Lage der Staatsarbeiter nicht. Sie bekommen, wenn sie verheiratet sind und zwei Kinder haben, etwa 20—25 v. H. mehr als im Frieden. Dabei muß man bedenken, daß ganz kurz vor dem Kriege eine ziemlich erhebliche Erhöhung der Löhne der Eisenbahnarbeiter erfolgt ist. Der Vorredner hat von den hohen Kriegsgewinnen der Industrie gesprochen und behauptet, die Gewinne der Kriegsindustrie seien so riesenhaft, daß sie ein Interesse an der Verlängerung des Krieges hätte. (Hört! Hört! — „Psui!“-Rufe.) Das ist Klassenhaß in schlimmster Form, den Sie jetzt unterlassen sollten. (Beifall.) So schwere Vorwürfe müßten Sie beweisen, anstatt sich zu Trägern unbewiesener Geschichten zu machen. Gegen ein solches Vorgehen lege ich im Namen der Regierung Verwahrung ein. (Lebh. Beifall. — **Abg. Ströbel:** „Das ist bezeichnend!“ — Zurufe rechts: „Jawohl, für Sie!“)

**Abg. Delius (Vpt.):** Die Notlage der Beamten und Arbeiter ist so groß, daß unbedingt etwas geschehen muß. Auch wir hätten ihnen gern mehr zugewendet. Es hätte aber keinen Zweck, hier mit weitergehenden Forderungen zu demonstrieren, wenn wir doch nichts davon erreichen können. Gewiß sind die Sätze nicht überall so erhöht, wie es wünschenswert gewesen wäre, aber es ist immerhin doch manches erreicht. Die Beamtenschaft wird sehr erfreut sein, höhere Sätze zu erhalten als ursprünglich in Aussicht genommen war. Allerdings, allen kann man es nicht recht machen und so wird mancher mit den Sätzen nicht zufrieden sein.

Die Beamtenschaft hat sich in diesem schweren Kriege mit ihren Wünschen durchaus in bescheidenen Grenzen gehalten. Der gute Geist der Beamtenschaft ist ein Ausfluß der Tätigkeit ihrer Organisationen. Diese Organisationen sind aber leider bisher nicht immer mit Wohlwollen aufgenommen worden.

### Die ungerechte Klasseneinteilung.

Die jetzige Klasseneinteilung muß beseitigt werden. Hoffentlich wird sich auch der Minister von dieser Notwendigkeit überzeugen. In Zukunft müssen die Sätze für die Unterbeamten prozentual höher sein als die Sätze für die Beamten, die ein höheres Gehalt haben. Die Regierung muß ihr Schwergewicht im Reiche geltend machen und dafür sorgen, daß dort gleiche Verhältnisse geschaffen werden. Das gleiche gilt auch für die Lehrerschaft. Die Lehrer haben bisher leider noch nicht überall solche Zulagen erhalten. Die neuesten Sätze, die die Eisenbahnverwaltung veröffentlicht hat, sind von den Arbeitern mit großer Freude begrüßt worden. Ich kann nur wünschen, daß sie auch auf die übrigen staatlichen Arbeiter ausgedehnt werden. In dem Erlaß des Finanzministers heißt es leider nur, daß diese Beihilfen den Arbeitern gewährt werden können, aber nicht, daß sie gewährt werden müssen. Für Beamte wie Werkmeister usw. muß ein entsprechender Ausgleich geschaffen werden. Es ist ein Unding, daß diese jetzt weniger Einkommen haben als Arbeiter. Wenn die Beamten als gewöhnliche Landsturmlaute im Heere dienen, dann wird für die Kinder eine Beihilfe nicht gezahlt. Das ist doch ungerecht. (Zustimmung.) Auch für die Pensionäre mit geringen Pensionen muß etwas geschehen. Die beste Regelung wäre dergestalt, daß ihnen fortlaufende Zuschüsse gewährt werden. Hoffentlich finden die wohlmeinenden Ausführungen des Finanzministers überall gebührende Berücksichtigung. Ich bin davon überzeugt, daß in den Ministerien ein großes Wohlwollen für die Pensionäre vorhanden ist. Leider findet sich das aber nicht überall bei den unteren Behörden. Mir sind heute erst wieder drei Fälle bekannt geworden, wo derartige Gesuche von Pensionären rein formalistisch abgelehnt sind. Wir wünschen nach wie vor, daß die Regierung darauf hinwirkt, daß auch die Gemeinde-

beamten erhöhte Zulagen erhalten. Auch die Mittelschullehrer müssen mit ihnen bedacht werden. Leider haben in manchen Orten die Gemeindebeamten etwas erhalten, die Lehrer aber sind übergangen. Ich hoffe, daß, wenn keine weitere Verschlechterung der Verhältnisse eintritt, die Regierung dann auch bereit sein wird, der berechtigten Notlage der Beamtenentschaft entsprechend Mittel einzustellen. Was jetzt gegeben wird, werden die Beamten als ein gutes Weihnachtsgeschenk ansehen. Sie ersehen daraus, daß man ihre Leistungen anerkennt. Sie werden daraus Kraft schöpfen, auch ihrerseits bis zum endgültigen Siege durchzuhalten. (Beifall.)

**Abg. Just (ntlb.):** Es herrscht ein Notstand unter den Beamten und daher muß ihnen geholfen werden.

**Abg. Dr. Wagner-Breslau (rtl.)** stimmt dem Vorredner zu.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Das Haus erhebt einstimmig die Anträge des Ausschusses zum Beschluß.

### Die Novelle zum Gerichtskostengesetz.

Es folgt die 1. Lesung des Gesetzentwurfs, der nach den Beschlüssen des Reichstags eine entsprechende, durch die Erhöhung der Postgebühren bedingte Abänderung des Gerichtskostengesetzes vorsieht.

**Abg. Delbrück (kons.):** Durch den Krieg sind viele Anwälte in eine mißliche Lage geraten. Eine kleine Erhöhung der Gebühren erscheint daher nicht unbillig. Wir sind für Annahme ohne Ausschlußberatung.

**Abg. v. Billow-Homburg (ntlb.)** und **Abg. Bartscher** sprechen gleichfalls für sofortige Verabschiedung.

**Abg. Dr. Lewin-Nordhausen (Vpt.):** Namens meiner politischen Freunde habe ich Sie gleichfalls zu bitten, das Gesetz ohne Kommissionsberatung anzunehmen. Gerade mit Rücksicht darauf, daß von einer Seite im Reichstage die Not des Anwaltsstandes bezweifelt worden ist, möchte ich an dieser Stelle hervorheben, daß die Lage der Rechtsanwaltschaft und der Notare wirklich keine günstige ist. Das Notariat ist von ungefähr 2 Millionen Akte im Jahre 1913-14 zurückgegangen auf 730 000 Akte im Jahre 1915. Es ist also ein bedeutender Rückgang der Notariatsgeschäfte eingetreten. In den Großstädten mag das vielleicht nicht so sehr in die Erscheinung treten. Aber für die Notare in den kleineren Städten bedeutet das eine sehr große Einbuße und die Lage der Notare ist ziemlich ungünstig. Was dieses Gesetz gewährt, ist nur ein Ausgleich für Porto- und Schreibgebühren. Sie entsprechen nur der Gerechtigkeit, wenn Sie dem Gesetz so, wie es vorliegt, Ihre Zustimmung erteilen. (Bravo!)

**Abg. Varenhorst (rtl.)** schließt sich den Vorrednern an.

Ein **Regierungskommissar** sagt zu, daß die Regierung bei Notlage der Anwälte ihr Augenmerk zuwenden werde.

Das Gesetz wird in erster Lesung angenommen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr: Hibernia-Vorlage, Wohnungsgesetz.

Schluß 4½ Uhr.